



Zum Haushalt 2021

Der Haushalt 2021 ist in schwierigen Zeiten zu erstellen. Der Entwurf wies schließlich noch eine Lücke von 870.000 Euro zwischen Einnahmen und Ausgaben auf. Um die Lücke zu schließen, stellte die SPD den Antrag, dass die Verwaltung Themen im Umfang 5,5 Mio. Euro nennt, die weder aus gesetzlichen noch aus vertraglichen Gründen in diesem Jahr ausgegeben werden müssen. Der Gemeinderat hätte dann auswählen können, was nach 2022 zu verschieben wäre. Die Mehrheit unter Führung der CSU lehnte den Antrag ohne Begründung ab, denn vor allem der CSU ging und geht es auch in diesem Jahr wieder vor allem um Kürzungen an den sozialen Leistungen, anstatt mit Verschiebung die sozialen Leistungen weiter zu ermöglichen.

Was hält die SPD für vernünftig:

1) Keine Streichungen sozialer Leistungen, Förderung der Kultur:

Die freiwilligen sozialen Leistungen machen im Haushaltsplan nur 2 von 57 Mio. Euro aus. Sie sind nicht die Ursache für die angespannte Lage. Ihre Kürzungen und Streichungen können deswegen auch nicht die Lösung sein. Es geht in diesen Tagen um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und gerade die sozialen Leistungen tragen entscheidend dazu bei.

Unsere vielfältige Kultur wird von sehr viel ehrenamtlichem und berufsmäßigem Einsatz getragen, das gerade in der Pandemie überproportional gefährdet ist. Nicht auftreten zu dürfen, heißt, keine Einnahmen mehr zu haben. Die Kultur macht aber unser Gemeinwesen aus. Das Klima im Umgang miteinander im Ort hängt davon ab. Gewachsen ist das nur, weil die früheren Bürgermeister die Eigeninitiativen der Kulturschaffenden geschätzt und gefördert hatten und nicht nur einen Leuchtturm (bosco), sondern in der Breite und für jedes Alter. 1000 Euro mehr zu haben ist für den Gemeindehaushalt nahezu bedeutungslos, für einen Kleinunternehmer aus der Kulturbranche aber häufig überlebenswichtig. Auch ehrenamtlich betreute Kulturprojekte können oft nur mit dieser Unterstützung weitergeführt werden.

Der Musikschule wurde die Anhebung der Gehälter nach der letzten in 2018 um 2,5 % (4000 Euro) abgelehnt. Schon heute bezahlt Gauting die Musiklehrer im Würmtal am schlechtesten. Dem Ev. Kirchenmusikverein wurden 200 Euro gekürzt. Der CARITAS für pflegende Angehörige 1000 Euro gestrichen. „Frauen helfen Frauen“ bekommen 100 Euro weniger, der Fischerei-Verein ebenfalls 100 Euro weniger ...

- 2) Bei vielen der geplanten Themen und Titel liegen keine gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtungen vor, sie in diesem Jahr anzugehen, so z.B.:

150.000 Euro für den Abriss des Wunderl-Hofs.

185.000 Euro (750.000 bis 2024) für den schematischen Austausch des Fuhrparks des Bauhofes samt seiner Schneepflüge. Unterlagen zu der Notwendigkeit dieses Vorgehens lagen nicht vor. Man kann davon ausgehen, dass sie auch noch 12 Monate länger fahren würden.

150.000 Euro für den Ausbau des Reißbachs in Unterbrunn, um neben Sicherungsmaßnahmen auch weiteren Wohnungsbau zu ermöglichen, obwohl gerade die in Fluss- und Bachauen gebaute Häuser immer wieder unter Wasser stehen. Es wird genug in Gauting gebaut, so dass man das private Bauen nicht noch mit über 2 Mio. Euro bis 2024 fördern sollte. Abgesehen davon, eine Verschiebung wäre auf jeden Fall möglich.

- 3) Es wurden wieder neue Millionen-Projekte aufgenommen, obwohl von den vielen des alten Gemeinderates gerade einmal der *Treffpunkt* in Stockdorf mit großer Verzögerung fertig geworden ist:

Neue Turnhalle für das Schulzentrum: Eine Bedarfsanalyse liegt nicht vor. Die Auswirkungen des Baus eines Gymnasiums in Herrsching sind nicht untersucht. Ein 5-6 Mio. Euro Projekt wurde auf bloßen Zuruf aufgenommen.

Verlagerung des Bauhofs ins Gautinger Feld: Eine Bedarfsanalyse liegt ebenfalls nicht vor. Noch ein großes Millionenprojekt. Heute liegt der Bauhof zentral – morgen läge er am Rande Gautings. Lange Wege zu den Einsatzstellen würden dauerhaft mehr Personal- und höhere Fahrzeugkosten verursachen. Ein Vermögensverlust für die Gemeinde käme noch hinzu: Von 2 Grundstücken samt Betriebsgebäude würde nur noch 1 Grundstück samt Gebäude übrigbleiben. Abriss und Wohnungsbau mit seinen Schutzvorschriften an der Grubmühlerfeldstraße würden das kleine Gewerbegebiet weiter schwächen und der Wohnungsbau einer Umgehungsstraße durch das Grubmühlerfeld Vorschub leisten.

Zu beiden Projekten liegen keine Unterlagen vor. Zuruf und bloße Idee sind aber keine Grundlage für eine seriöse Haushalts- und Finanzplanung.

- 4) Gewerbegebiet „Unterbrunner Holz“: Planungskosten 200.000 Euro

Gauting hat heute 41 ha Gewerbefläche und es wird bereits zusätzlich geplant:
Handwerkerhof mit einer Fläche von 2 ha

Gautinger Feld mit 10 ha

Der neue Eigentümer des Flugplatzes in Oberpfaffenhofen hat mit dem Bau einer Straße auf eigene Kosten die östlichen Gewerbeflächen am Flugplatz erschlossen. Auf dem Gebiet B14 mit 6 ha neben dem Unterbrunner Holz hat dieser Gewerbeentwickler bereits 2 Firmen angesiedelt. Weitere werden fol-

gen. Außerdem kann er noch 200.000 m² Geschossfläche bauen. Zusammen sind das rund 30 ha zusätzlich.

Die SPD empfiehlt schon seit Jahren, die Auswirkungen und auch die Steuermehreinnahmen dieser Maßnahmen erst einmal abzuwarten. Stattdessen soll gleich noch ein viel größeres Gewerbegebiet, das „Unterbrunner Holz“, mit noch einmal 30 ha und 5.000 Beschäftigten (Dr. Kössinger), erschlossen werden. Der Siedlungsdruck der 5.000 würde unabsehbare Auswirkungen mit steigenden Mieten, fehlenden Kitas und zu kleinen Schulen sowie zusätzlichen Dauerstaus auf den Straßen haben, über die aber nicht gesprochen wird. Die Vorlaufkosten bis 2024: 2,8 Mio. Euro, davon 260.000 in 2021.

- 5) Wieder sollen Grundstücke der Gemeinde verkauft werden: in der Kurve am Buchendorfer Berg, Wunderl-Hof, am Krapfberg, Handwerkerhof, Gautinger Feld und Unterbrunner Holz. Die Grundstückspreise steigen. In der Rückschau wird man feststellen, dass Gemeindevermögen verschenkt wurde. Deswegen setzt sich auch zunehmend der allgemeine Grundsatz durch, kommunale Grundstücke nur noch in Erbpacht abzugeben. Bei Verkäufen gehen unserer Gemeinde Vermögen und Gestaltungsspielraum für die Zukunft verloren. Gauting würde durch diese Verkäufe immer mehr zu einer armen Gemeinde.
- 6) Um die Einnahmen der Gemeinde zu verbessern, ist eine maßvolle Anhebung der Gewerbesteuer notwendig. Das Landratsamt unter CSU-Landrat Roth hatte das schon 2014 vorgeschlagen. Die Unternehmen profitieren von der Infrastruktur Gautings und haben in den letzten Jahren sehr gut verdient. Der Steuersatz liegt seit 1993 bei 330. In München liegt er bei 490, so dass eine Anhebung auf 360 vertretbar ist. Mehreinnahmen: 540.000 Euro.
- 7) Schwimmbad: Öffnen, sobald die Staatsregierung grünes Licht gibt. Das Schwimmbad dient der Gesundheit der Bürger. Gerade für Senioren ist das Sich-Fit-Halten außerordentlich wichtig und in Gauting leben viele von ihnen. Viele Einwohner leben in kleinen Wohnungen. Ein Besuch mit den Kindern im Bad ist ein wichtiger Ausgleich angesichts der allgemeinen Beschränkungen, die jetzt schon ein Jahr andauern.
- 8) Die Personalfuktuation der Verwaltung liegt immer noch bei etwa 10 %. In der Verwaltung ist ein anhaltender und erheblicher Verlust an Wissen und Erfahrung zu verzeichnen, auch bei den Führungskräften. Ständig müssen neue Mitarbeiter gesucht und eingearbeitet werden, was viel Zeit und Geld kostet. Ein Konzept, wie man das seit Jahren bestehende Problem endlich in den Griff bekommen kann, liegt nicht vor.

Der Haushaltsplan umfasst gewollt, wie schon in den letzten Jahren, zu viele Themen und Titel. Sie führen zu Schwierigkeiten bei ihrer Finanzierung. Dabei hat der alte Gemeinderat keines seiner vielen Großprojekten fertigstellen können. Hohe Arbeitsrückstände musste von 2019 nach 2020 verschoben werden. Gauting ist seit Jahren das Opfer hochfliegender und unrealistischer Pläne.

Die SPD-Fraktion tritt für eine behutsame Ortsentwicklung ein. Das Alte ist zu ergänzen und nicht alles zum Abriss freizugeben. Ortsplanung schließt das Ortsbild ein, das nicht den Investoren überlassen werden darf, sondern auf das zu achten ist. Ein Wachstum auf bis zu 25.800 Einwohner (Dr. Kössinger) ist nicht anzustreben, da Gautings Infrastruktur mit ihren Kitas, Schulen und Straßen das nicht verkraften würde. Die Bahnhofstraße wird nicht breiter und die Kitas reichen heute schon nicht. Die freiwilligen sozialen Leistungen mit gerade einmal 4 % vom Haushalt kann sich Gauting leisten. Die Verschiebung mancher Vorhaben ins nächste Jahr würde es zusammen mit der überfälligen Anpassung der Gewerbesteuer möglich machen. Kürzungen im Sozialbereich sind unnötig und in der Krise nicht zu verantworten.

Der Haushalt wird in seiner vorliegenden Form als strategisches Instrument benutzt. Er soll die Fortsetzung der Politik der letzten Jahre möglich machen, die auf Verstädterung und große Gewerbeansiedlungen angelegt ist. Die CSU benutzt den Haushalt, um ihre Politik als zwingend notwendigen und alternativlosen Weg erscheinen zu lassen. Dem ist aber nicht so. Die SPD-Fraktion hat Vorschläge zu Verschiebungen und Einsparungen aufgezeigt. Diese Vorschläge machen einen ausgeglichenen Haushalt möglich, ohne die sozialen Leistungen zu kürzen und ohne von den Rücklagen in der Gemeindekasse übermäßig viel zu verbrauchen. Aber die Vorschläge wurden noch nicht einmal ernsthaft geprüft, sondern ohne Begründung abgelehnt. Der vorliegende Haushaltsplan wird der großen Krise und einer behutsamen Weiterentwicklung Gautings nicht gerecht. Die SPD-Fraktion stimmt diesem Haushalt nicht zu.

Gauting, den 23.2.2021

SPD-Fraktion

Eberhard Brucker

Dr. Carola Wenzel